

*Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!*

**Thüringer Kultusminister
Prof. Dr. Jens Goebel**

**Eröffnungsrede
THÜRINGER BILDUNGSKONGRESS 2005
„Bildung für eine nachhaltige Entwicklung
– Nachhaltigkeit lernen und lehren“**

**18. November 2005, 16.00 Uhr
Plenarsaal des Thüringer Landtags, Erfurt**

Anrede

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Prof. Schipanski,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Thüringer Landtages,
sehr geehrter Herr Prof. De Haan,

sehr geehrte Teilnehmer des Thüringer Bildungskongresses 2005 „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Nachhaltigkeit lernen und lehren“ mit begleitender Ausstellung im Thüringer Landtag,

ein besonders herzliches Willkommen in Thüringen, dem Grünen Herzen Deutschlands, all denen, die aus nah und weiter entfernt der bundesweiten Einladung zum Thüringer Bildungskongress in den Thüringer Landtag und in die UNICEF- und Landeshauptstadt Erfurt gefolgt sind.

Herzliche Grüße darf ich Ihnen sagen vom Schirmherrn des Kongresses, Herrn Ministerpräsident Dieter Althaus, der es sehr bedauert, nicht selbst diese Eröffnungsrede halten zu können, obwohl er sein Kommen zugesagt hatte. Andere Verpflichtungen haben dies leider unmöglich gemacht. Deshalb hat er mich gebeten, dies für ihn stellvertretend heute hier als zuständiger Kultusminister Thüringens zu tun, der in seinem Ressort sich nicht nur um die Thüringer Schulen, sondern auch um die Hochschulen und Universitäten, die Wissenschaft, die Kunst und Kultur in Thüringen bemüht - in Thüringen einem jungen Bundesland mit alten Wurzeln, das sich gerne interkulturellen Perspektiven öffnet.

Welch hohen politischen Stellenwert Herr Ministerpräsident Althaus persönlich der Umsetzung der Ziele der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ im Freistaat Thüringen zumisst, sehen Sie daran, dass er Schirmherr dieses Kongresses ist und darüber hinaus als Ministerpräsident die Schirmherrschaft über die gesamte Dekade in Thüringen übernommen hat, so wie dies auf der Bundesebene auch Bundespräsident Horst Köhler getan hat.

„Quidquid agis, prudenter agas et respice finem!“

[*„Was (auch immer) du tust, tue es klug und bedenke das Ende!“*] - wussten schon die alten Lateiner. Und besser könnte man das, was mit nachhaltigem Handeln gemeint ist, wohl nicht beschreiben.

Der lateinische Spruch aus dem Mittelalter geht auf das Buch Jesus Sirach zurück. Dort können wir lesen: *„Bei allem, was du tust, denk an das Ende, so wirst du niemals sündigen.“* (Sir 7,36)

Kein Wunder, dass der Text zur biblischen Weisheitsliteratur gezählt wird. Denn in der Tat verbirgt sich hinter dieser ca. 180 vor Christus niedergeschriebenen Erkenntnis ein weises Wort.

Es hat lange gedauert und neuer Ansichten, Erkenntnisse und auch Begriffe gebraucht, bis sich die Menschheit nun anschickt, auf globaler Ebene das ernst zu nehmen, was eigentlich schon seit Jahrhunderten wahr ist: Nachhaltigkeit ist eine zutiefst ethische Forderung.

Es geht um gutes und richtiges Handeln – bei Sirach genauso („niemals sündigen“) wie heute.

Aber der Mensch ist eben Mensch. Ein unvollkommenes Geschöpf, und deshalb tut es nicht immer das, was eigentlich gut wäre. Nicht von ungefähr hat schon Plato der Menschheit neben Klugheit, Gerechtigkeit und Tapferkeit auch das Maßhalten als Tugend, die ein für alle gutes Leben ermöglichen sollte, vor Augen gestellt. Alle vier sind später als Kardinaltugenden in die christliche Überlieferung und das abendländische Denken übernommen worden.

Und ganz zweifellos gehört die Tugend des Maßhaltens heute zur Überlebenskunst der Menschheit. Das Maßhalten hilft bei der individuellen Bewältigung der eigenen Wünsche und dient zugleich zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

Wie schwierig die Umsetzung jedoch ist, wird wohl jeder für sich schon einmal gespürt haben. Wir merken es auch, wenn – wie in dem gerade ausgehandelten Koali-

tionsvertrag für die neue Bundesregierung – Einschnitte in bisherige Besitzstände angekündigt werden. Sogleich treten alle Lobbyisten auf den Plan, jede Interessengruppe rechnet nach, was die Einschnitte für sie selbst kosten und schlägt Alarm, ohne dabei das Ganze, das Gemeinwohl auch nur entfernt in den Blick zu nehmen. Die Kommentare und Meinungsäußerungen zeigen das überdeutlich.

Genau darum aber geht es: um das Ganze, um das Gemeinwohl – und zwar nicht nur der heutigen Generation, sondern auch künftiger Generationen. Bei uns und auch an anderen Orten der Welt.

Der entscheidende Unterschied gegenüber früheren Zeiten ist die globale Betrachtung der Dinge. Sie ist nötig, weil die Auswirkungen der arbeitsteilig organisierten Wissens- und Industriegesellschaft ebenso global sind.

Spätestens seit den ersten Berichten des „Club of Rome“ wird das zunehmend klarer. Und seitdem hat sich am Bewusstsein, am Sich-bewusst-machen der Aufgaben viel geändert. Die Menschen spüren: „Was in anderen Ländern passiert, berührt auch meinen Alltag.“

Zum Beispiel, wenn sich bei deutschen Unternehmen die Auftragsbücher füllen und Arbeitsplätze entstehen, weil es in China oder Argentinien wirtschaftlich vorangeht. Aber auch, wenn durch Krieg, Vertreibung oder Armut Menschen ihre Heimat verlassen, um bei uns in Europa Zuflucht zu suchen.

Klimaveränderungen wirken sich aus in Nairobi und Erfurt, werden aber verursacht in Tokio oder Chicago.

So umfassend Verkehr, Industrie und Landwirtschaft überall auf der Welt das Klima und unsere natürlichen Ressourcen wie Wasser und Boden beeinflussen, so wenig können isolierte Entscheidungen in Deutschland oder jedem anderen Staat die Probleme lösen.

Unsere Aufgabe liegt heute also darin, nationenübergreifend gemeinsame Interessen, wie z. B. Klimaschutz, zu erkennen und Wege zu finden, sie wirksam und part-

nerschaftlich zu verfolgen. Aber auch wo unsere Interessen nicht mit denen der Partnerländer übereinstimmen, müssen wir Kompromisse erarbeiten.

Gefragt sind daher Rahmenbedingungen und Strukturen, die die Initiative der Menschen vor Ort stärken und Erfolge möglich machen.

Sicher muss hungernden Menschen schnell geholfen werden. Aber nur wer Techniken der Wasserwirtschaft einführt, erneuerbare Energien einsetzt, wer widerstandsfähiges Saatgut nutzt, Wiederaufforstung fördert, wer gesellschaftliche Konflikte löst, für Straßen, Vertriebswege und Handel sorgt, Schulen baut und Bildung fördert, kann Hunger und Armut dauerhaft zurückdrängen.

Auf diesem Wege sichern die Menschen in unseren Partnerländern im Süden und Osten – im Interesse aller – ihre eigene Zukunft und damit die Zukunft eines jeden von uns.

1992 haben sich die Staaten der Erde auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro auf das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung geeinigt. Der „Erdgipfel“ von Rio setzte 1992 in bislang nicht gekannter Form den Teufelskreis von Umweltzerstörung und Armut auf die Tagesordnung der Weltpolitik.

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage wurde zum unerlässlichen Bestandteil eines Entwicklungsprozesses erklärt, der sowohl den Bedürfnissen heutiger als auch künftiger Generationen gerecht werden müsse.

In der „Agenda 21“, jenem in Rio verabschiedeten umfassenden weltweiten Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert, wurden die von den Teilnehmern für notwendig erachteten Beiträge der internationalen, der staatlichen wie der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure dargelegt und eingefordert.

Mit dieser Agenda 21 stellten sich alle Länder in die Pflicht, jedem Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Seitdem wird mit internationalen Konventionen und Foren das Aktionsprogramm weiter vorangetrieben. Und: Städte und Regionen auf der ganzen Welt planen ihre „lokale Agenda 21“ und setzen sie in fassba-

re Programme um – auch hier in Thüringen. „Global denken - lokal handeln“ war, ist und bleibt dabei das Credo.

Zehn Jahre später, beim „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ 2002 in Johannesburg, wurde ein Aktionsplan (Plan of Implementation) beschlossen. Dieser würdigt die herausragende Bedeutung von Bildung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Der Aktionsplan enthält detaillierte Handlungsempfehlungen, die das Ziel verfolgen, den Zugang zu Bildung insbesondere in Entwicklungsländern deutlich zu verbessern und *„auf allen Bildungsebenen die nachhaltige Entwicklung in die Bildungssysteme zu integrieren und so die Bildung in stärkerem Maße zum Schlüsselkatalysator für den Wandel zu machen“*.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat im Dezember 2002 die Jahre 2005 bis 2014 zur Weltdekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen und damit eine der zentralen Empfehlungen des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung umgesetzt. So wird den Handlungsempfehlungen von Johannesburg deutlich Nachdruck verliehen und die politische Verpflichtung der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bekräftigt, die Förderung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene zu forcieren.

Wir können die ökologische Krise nur bewältigen und die sozialen Disparitäten nur mindern, wenn das Bewusstsein für Entwicklungsprozesse und der Wille und die Fähigkeit zu neuen kulturellen Werteorientierungen, zukunftsfähigen Lebensstilen und Wirtschaftsformen in der Gesellschaft wachsen.

Ein Kurswechsel ist notwendig, soll die Weltgesellschaft den in Rio 1992 vorgezeichneten Weg einer nachhaltigen Entwicklung in globaler Partnerschaft einschlagen. Eine Trendwende setzt jedoch voraus, dass die Hemmnisse, die bislang einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen, erkannt und überwunden werden.

Ein Lernen für eine nachhaltige Entwicklung muss daher an der Analyse der Ursachen, Kräfte und Interessen ansetzen, die die nach wie vor herrschenden Trends einer nicht nachhaltigen Entwicklung antreiben.

Das Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“ enthält ein kritisches und ein innovatives Potential, wenn stets die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Blick behalten wird.

Bildung ist Nährboden menschlichen Weiterkommens. Bildung ist Tür zur Eigeninitiative. Bildung ist gelebtes Menschenrecht auf freie Entfaltung der Person. Ohne Bildung bleiben Anlagen und Talente im Keim stecken.

Die deutschen Kultusminister haben schon 1988 und 1997 Beschlüsse zum Themenbereich „‘Eine Welt/Dritte Welt‘ in Unterricht und Schule“ gefasst, neben anderen Beschlüssen zu verwandten Themen wie dem Interkulturellen Lernen. Die Schule sieht sich fortwährend verpflichtet, unsere Heranwachsenden für den raschen Wandel unserer Zeit zu sensibilisieren (vgl. den Schulbuch-Bestseller „Welt im Wandel“). Diese erste Orientierung muss selbstverständlich durch die Jugendlichen im Rahmen lebenslangen Lernens nach ihren Bedürfnissen und Aufgaben auch nach der Schule ausgebaut werden.

Erfolge der Schule in dieser Grundlagenarbeit werden schließlich auch ihre Öffnung und Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern und den Praktikern der Entwicklungszusammenarbeit voranbringen. Die Breite der an der UN-Dekade in Deutschland beteiligten Institutionen geben ein Bild des Potentials, das genutzt werden kann.

Ich freue mich, dass diese Überlegungen nicht nur die meinen sind, sondern dass die Kultusminister 2004 zusammen mit der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein gemeinsames Projekt aus der Taufe gehoben haben. Es soll den aktuellen Sachstand der globalen Entwicklungsfragen erfassen und ein neues Grundkonzept für entwicklungspolitische Bildung erarbeiten. Dank der auch finanziellen Förderung durch den Bund ist es möglich, führende Experten der Fachdidaktik und der Lehrplanarbeit zu gewinnen und mit der aktuellen Sachkompetenz der Fachwissenschaftler des Entwicklungsbereichs zusammenzubringen. Ziel der Arbeit ist es, ein Referenzcurriculum zur Operationalisierung des Leitbildes nachhaltige Entwicklung für die Schule vorzuschlagen.

Die etwa zehn Millionen Schüler in Deutschland sollen damit künftig in die Fragen nachhaltiger Entwicklung eingeführt werden. Dieser wichtige Beitrag zur Zukunftsfähigkeit auf nationaler und globaler Ebene wurde deshalb in den nationalen Maßnahmenkatalog der UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ eingebracht.

Die Bildungsaufgabe der Schule und deren pädagogische Verantwortung muss das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklungsprozesse verbreiten. Auch wenn natürlich die Erwachsenenbildung und die Bildungsarbeit der verschiedensten Träger in diesem Bereich genauso unverzichtbar sind. Es gilt, die verschiedenen Initiativen miteinander zu vernetzen und Brücken in den außerschulischen Bereich zu bauen.

Unter dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung zielt diese pädagogisch-methodische Arbeit auf möglichst vielseitige Grundkompetenzen für

- eine entsprechende Gestaltung des persönlichen und beruflichen Lebens,
- die Mitwirkung in der eigenen Gesellschaft und
- das Wissen um die Mitverantwortung im globalen Rahmen.

Wie sieht es bei uns in Thüringen aus?

Auf der 6. Thüringer Umweltbildungskonferenz (UBK), die vor einem Jahr hier im Thüringer Landtag als Auftaktveranstaltung für die Bildungsdekade in Thüringen stattfand, waren über 100 Teilnehmer aus den verschiedensten Bereichen anwesend. Sie verabschiedeten ein Leitbild zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Thüringen“.

Dieses Leitbild konkretisiert - auf der Grundlage u. a. der zehn Leitlinien zur Umsetzung der Agenda 21 in Thüringen (Kabinettsbeschluss 15. Februar 2000) - das Anliegen der Bildungsdekade. Im Leitbild sind die Akteure, die Ziele, Zielgruppen und die Handlungsfelder benannt.

Es wird die intensivere Vernetzung, Bündelung und Transfer bestehender formeller und informeller Bildungsangebote empfohlen. Und es werden Themenfelder zur nachhaltigen Entwicklung für die einzelnen Bildungsbereiche von der vorschulischen über die schulische Bildung, die Schuljugendarbeit, bis hin zur beruflichen Ausbil-

derung oder Weiterbildung vorgeschlagen wie z.B. Flächenschutz, Klimaschutz, Energie, Tourismus, regionale und nachhaltige Wirtschaft.

Die Landesregierung schloss sich mit ihrem Kabinettsbeschluss vom 05. April 2005 dem Leitbild an und begrüßte insbesondere die hier zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft der Akteure zur aktiven Mitwirkung an der Umsetzung der Dekade in Thüringen.

Die Federführung bei all den Bemühungen liegt beim Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen e.V., der die Rolle eines Koordinators übernommen hat.

Der Begriff der Nachhaltigkeit im Bereich der Bildung darf - das möchte ich betonen - nicht auf Umweltbildung verkürzt werden. Das formulierte Ziel kann nur erreicht werden, wenn Bildung im Sinn einer umfassenden Begriffsdefinition gesehen wird.

Die UN-Weltdekade fordert ausdrücklich, auch die informelle Bildung zu berücksichtigen. Neben den schulischen und den außerschulischen Bildungseinrichtungen wird deshalb – auch im Nationalen Aktionsplan für Deutschland - ausdrücklich die reichhaltige Bildungslandschaft im Bereich des informellen Lernens genannt.

Nachhaltige Entwicklung ist eine übergreifende Aufgabe. An der Bildung des Bewusstseins für die Notwendigkeit von Nachhaltigkeit bei allen Entwicklungsprozessen mitzuwirken ist deshalb eine ebenso übergreifende Aufgabe.

Wir legen deshalb großen Wert auf die Stärkung der Familie. Sie ist erster Lern- und Bildungsort unserer Kinder. Die Erziehungs- und Bildungsleistungen der Familien schaffen die Grundlagen für eine menschenwürdige Zukunft. Sie schafft die Voraussetzungen für das Gemeinwohl.

Die Familie ist somit auch der Kern der Nachhaltigkeit in unserer Gesellschaft. Hier wird Zukunft geschaffen. In der Familie werden die eigentlichen Zukunftswerte vorgelebt: Vertrauen und Verantwortung. Die Aneignung von Wissen und Werten und das Erlernen von Verhaltensweisen und Lebensstilen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive gesellschaftliche Veränderung erforderlich sind, schärfen den

Blick für eine sport-, bewegungs- und gesundheitsorientierte sowie – im Sinne Platons – tugendhafte Lebensweise der Schülerinnen und Schüler und bereits der Kinder im Vorschulalter.

Das Thüringer Bündnis für Familie ist ein Bündnis für Zukunft. Wirtschaft und Familie sind aus gutem Grund Schwerpunkte unserer Landespolitik. Das ist auch die richtige Antwort auf den demographischen Wandel, auf die Überalterung unserer Gesellschaft und die Abwanderung junger Menschen. Kinder sind unsere Zukunft, aber sie brauchen auch Zukunftsperspektiven, sie brauchen Ausbildungsplätze, Studienplätze, Arbeitsplätze. Thüringen muss daher auch in Zukunft ein kinder- und familienfreundliches Land bleiben. Es gilt, die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern, Kindergärten und Schulen zu stärken. So setzen wir am besten das Ziel Nachhaltigkeit um.

Aber auch der Bereich Forschung und Wissenschaft orientiert sich bei uns in Thüringen an der Leitlinie des Nachhaltigkeitsprinzips. Die Rahmenvereinbarung zur Sicherung der Leistungskraft der Thüringer Hochschulen ist vor allem auch ein Zukunftspakt. Darin haben die Thüringer Landesregierung und die Hochschulen die mittelfristigen Ziele der Thüringer Hochschulpolitik vereinbart. Hochschulpolitische und – strategische Zielstellungen können so auf der Grundlage von Planungs- und Finanzierungssicherheit zu einer nachhaltigen Entwicklung des Campus Thüringen beitragen.

Unsere Hochschulen wollen diese Ziele umsetzen, insbesondere durch:

- neue Studienangebote, die auch ein lebensbegleitendes Lernen ermöglichen,
- die weitere Internationalisierung des Lehrangebots,
- die Fortführung der Studienreform,
- die Unterstützung von Existenzgründungen aus den Hochschulen heraus sowie
- die Bildung fakultäts- und hochschulübergreifender Forschungs- und Bildungszentren.

Die Hochschulen sind als Bildungsstätten der nachfolgenden Generationen und als Motoren wissenschaftlicher Erkenntnis dafür mitverantwortlich Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung zu schaffen und zu etablieren. Und sie tragen dieser Verantwortung auf vielfache Weise Rechnung, etwa in der Lehrerbildung.

An unseren allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen sind da als bedeutende Projekte im Prozess der Nachhaltigen Entwicklung u. a. das Bund-Länder-Programm „BLK 21“ sowie das darauf aufbauende BLK-Transferprojekt zu nennen.

Thüringen beteiligte sich in der Zeit von 1. Januar 2000 bis zum 31. Juli 2003 mit zwei Sets, d. h. mit zwölf weiterführenden allgemein bildenden Schulen und fünf Grundschulen, am BLK-Programm "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" (BLK 21).

Im Verlauf des Programms haben wir ein Netz von Umweltkontaktschulen aufgebaut. Diese Schulen können als Transferschulen ihre Erfahrungen und die bereits entwickelten Materialien in Unterricht und schulischen Alltag einbringen und an andere Schulen weitergeben. Das anschließende Transferprogramm "BLK 21-Transfer" "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" läuft bundesweit seit August 2004.

Zentrales Bildungsziel dieses Programms ist der Erwerb von Gestaltungskompetenz für die Zukunft. Durch zentrale Unterrichts- und Organisationsprinzipien – wie z.B. Partizipationsfähigkeit, interdisziplinäres, vorausschauendes, reflektierendes und vernetztes Denken – soll Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in die schulische Regelpraxis integriert werden.

Das Programm bietet eine Fülle von Verknüpfungsmöglichkeiten mit innovativer Schulentwicklung und Profilierung der Einzelschule als „Eigenverantwortliche Schule“ mit mehr Freiheit und Eigenverantwortung. Hier ergeben sich auch vielfältige Anknüpfungspunkte zu außerschulischen Partnern, die sich mit den Fragestellungen der nachhaltigen Entwicklung befassen.

Das Transferprogramm strebt die Verankerung und Weiterentwicklung des Bildungsziels „Gestaltungskompetenz“ an, vorrangig durch partizipatives Arbeiten in den Thüringer Schulen. Unterrichtsinhalte, die sich auf ökologische, soziale und ökonomische Fragen der Nachhaltigkeit beziehen, neue Lehr- und Lernmethoden und erprobte Organisationsformen wollen wir dauerhaft in Schulen und in den Aus- und Fortbildungsstrukturen des Landes verankern.

Das Kompetenzmodell in den Thüringer Lehrplänen kommt schon seit Jahren dem Anliegen nachhaltiger Entwicklung sehr nahe, etwa was eigenverantwortliches Handeln als Schlüsselkompetenz oder was die Gestaltungskompetenz, also die Fähigkeit, Wissen auch anwenden zu können, angeht. Und gerade auch in punkto Nachhaltigkeit als Grundwert zeigt sich, wie sinnvoll es ist, dass unsere Schulen Wissen und Werte, Handlungsfähigkeit und Handlungsmaximen gleichgewichtig vermitteln.

Dazu soll das im Rahmen des BLK-Programms entstandene Netzwerk der Umweltkontaktschulen als Kernschulen und der Kooperationspartner genutzt und ausgebaut werden. Erklärtes Ziel für Thüringen ist es, im Verlauf der zur Verfügung stehenden Zeit bis 2008 circa zehn Prozent aller allgemein bildenden Schulen des Landes auf unterschiedlichem Niveau als Kooperations- bzw. Kontaktschulen in den Transfer zu integrieren.

Diese können als „Berater für Nachhaltigkeit“, als Multiplikatoren weit über den Kreis der Schulen hinaus wirken. Dabei sollen die zahlreichen Schulen des Netzwerkes „Umweltschulen in Europa“ und die „Energiesparschulen“ teilweise in das Netzwerk der Umweltkontaktschulen integriert werden.

Ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle daran erinnern, dass auch die Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit zu sehen sind. Wir müssen die Nettoneuverschuldung zurückführen, um künftigen Generationen nicht jede Handlungsfähigkeit zu nehmen.

Zusammenfassend darf ich noch einmal hervorheben, dass Exekutive und Legislative in Thüringen gleichermaßen in der UN-Dekade aktiv sind und der Gedanke der Nachhaltigkeit künftig zum integralen Bestandteil von Bildung und Erziehung sowie zur Querschnittsaufgabe aller Ressorts wird.

Diese strategische Vorgehensweise ist bisher bundesweit einmalig. Sie findet ihre Thüringer Besonderheit auch in der Umsetzung. Die beiden federführenden Ressorts, das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt und das Thüringer Kultusministerium, haben - in Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom

05. April 2005 und der einstimmigen fraktionsübergreifenden Beschlussempfehlung des Thüringer Landtags vom 16. September 2005 folgend - mit dem Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen e.V. (akuTh) – eine Nichtregierungsorganisation mit der Koordination beauftragt. Kein selbstverständlicher Vorgang. Allerdings eine Verfahrensweise, die einen entscheidenden Vorteil hat: Der Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen vereint unter seinem Dach über 100 Nichtregierungsorganisationen. Dies wird wesentlich mithelfen, in den zehn Jahren der Bildungsdekade zivilgesellschaftliche Breitenwirkung bei der Umsetzung des Thüringer Aktionsplanes zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu entfalten.

Indem wir Verantwortung in den zivilgesellschaftlichen Bereich hinein übertragen, entspricht die Landesregierung in besonderem Maße dem Gedanken der Partizipation und Teilhabe an demokratischer Politikgestaltung. So wollen wir positive gesellschaftliche Veränderungsprozesse nachhaltiger Entwicklung vorantreiben. Schließlich ist Partizipation und Teilhabe eine der vier Zieldimensionen des Leitbildes der Nachhaltigkeit – gleichwertig neben den Zieldimensionen: ökonomische Leistungsfähigkeit, ökologische Verträglichkeit und soziale Gerechtigkeit.

Das wiederum ist auch für das Verwaltungshandeln unserer Ministerien wichtig: Nichtregierungsorganisationen, freie Träger und administrative Regierungsebenen werden sich als Partner auf gleicher Augenhöhe gegenseitig in ihren spezifischen Aufgaben unterstützen, um mit dem Runden Tisch eine Allianz „Nachhaltigkeit lernen“ in Thüringen zu installieren.

Diese Win-Win-Strategie hat nichts mit Delegierung von Entscheidungskompetenzen ministerieller Zuständigkeiten auf den nichtstaatlichen Bereich zu tun.

Im Gegenteil: Es ist überaus erfreulich und steht für die Offenheit des Freistaates Thüringen und das Vertrauen der Regierung in bürgerschaftliches Engagement, dass es in Thüringen ein großes und parteienübergreifendes Engagement dafür gibt, zur UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ mit einem Thüringer Aktionsplan konkrete Beiträge zu leisten. Dieser wurde unter der Federführung des Arbeitskreises Umweltbildung Thüringen am Runden Tisch erarbeitet und wird jährlich mit einem Maßnahmenkatalog fortgeschrieben.

Vielfalt – nicht Beliebigkeit; Kooperation und Vernetzung – nicht Konkurrenz; Ideen unterstützen und dafür gemeinsame Partner finden – nicht zerreden und auf unbestimmte Zeit verschieben, das sind wichtige Standards, die wir nur alle gemeinsam und partnerschaftlich erreichen können. Unter Einbeziehung des Sachverstandes und der Leistungsfähigkeit Vieler.

Die Landesregierung wird auf eine aktive Mitwirkung der Akteure, der Bildungseinrichtungen und ihrer Träger an der Umsetzung der Dekade in Thüringen hinwirken und diese dabei aktiv unterstützen. Jedes Ressort muss entsprechend seinen Aufgaben und unter Berücksichtigung des Haushalts die konkrete Umsetzung des Prinzips Nachhaltigkeit prüfen.

Nachhaltigkeit ist Zukunftsfähigkeit und Generationengerechtigkeit in ökologischen, ökonomischen und sozialen Fragen. Bildung ist nachhaltig, und generationenumfassend, generationenübergreifend, damit also zukunftsorientiert.

Hier – wie übrigens auf allen Gebieten unserer Politik gilt die Maxime: Wir dürfen in der Gegenwart nicht zu Lasten der Zukunft handeln!

Der Thüringer Bildungskongress 2005 „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Nachhaltigkeit lernen und lehren“ mit begleitender Ausstellung in der Woche der Nachhaltigkeit im Thüringer Landtag ist hiermit eröffnet.

Ich wünsche der Tagung einen erfolgreichen Verlauf! Gute Begegnungen und Gespräche. Interessante und hilfreiche Kontakte sowie erkenntnisreiche Tage. Nachhaltige Diskussionen, aus denen zukunftsgerichtetes Handeln erwachsen kann.

Ich danke Ihnen!
